

## Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

# Briefing Notes

26. Januar 2015

### Afghanistan

#### **Zahlreiche Tote bei Offensive gegen Taliban**

Nach Angaben des Polizeisprechers der Provinz Kunduz vom 25.01.15 wurden bei einem gemeinsamen Einsatz der Streitkräfte, der Polizei und des Inlandsgeheimdienstes im Bezirk Imam Saheb (Provinz Kunduz nahe der tadschikischen Grenze) 63 Taliban-Kämpfer getötet sowie etwa 50 verletzt. Die Aufständischen seien aus mehreren Dörfern vertrieben worden. Auch zehn Angehörige der Sicherheitskräfte sollen ums Leben gekommen sein.

#### **Proteste gegen Mohammed-Karikaturen**

Am 23.01.15 demonstrierten in Herat mindestens 20.000 Menschen gegen die Karikaturen der Zeitschrift Charlie Hebdo. Sie verbrannten französische Flaggen und forderten eine Entschuldigung der französischen Regierung. Es handelte sich um die bisher größte derartige Demonstration in Afghanistan. Auch in Kabul protestierten mehrere Tausend Menschen. Nach Steinwürfen auf die französische Botschaft gaben Sicherheitsleute Warnschüsse ab.

### Irak

#### **Allgemeine Lage**

Nach wie vor wird täglich von bewaffneten Auseinandersetzungen und Anschlägen berichtet.

Die US-geführte Koalition fliegt weiterhin Luftschläge auf Stellungen des Islamischen Staates (IS). Lt. Angaben des Pentagon-Sprechers John Kirby haben die US-geführten Luftangriffe auf Stellungen des IS zwar dessen Vormarsch in Irak gestoppt, er hätte jedoch seit Beginn der Luftschläge im August 2014 nur etwa ein Prozent seines Gebietes in Irak verloren. Die kurdischen Peshmerga und die irakischen Regierungstruppen hätten mit Unterstützung der Luftangriffe rund 700 Quadratkilometer zurückerobert, der IS würde aber noch etwa 55.000 Quadratkilometer kontrollieren.

Am 20.01.15 wurden in zwei Massengräbern die Leichen von 15 Zivilpersonen und elf Peshmerga-Kämpfern in einem ländlichen Distrikt rund 90 Kilometer nordöstlich von Bagdad gefunden, der vom IS kontrolliert worden war.

Das Menschenrechtsbüro der Vereinten Nationen hat am 20.01.15 bestätigt, dass der IS sog. Sharia-Gerichte in Gebieten unter seiner Kontrolle eingeführt hat, die Männer, Frauen und Kinder auf menschenrechtswidrige Weise bestrafen.

Der IS hat lt. Pressemeldung vom 21.01.15 in weniger als drei Wochen 41 Männer, Frauen und Kinder – häufig nach Schnellverfahren – hingerichtet. In Mosul etwa seien Ärzte getötet worden, die es ablehnten, Kämpfer des IS zu behandeln.

Lt. Pressemeldung vom 25.01.15 sollen in der vergangenen Woche mehrere Universitätsprofessoren in Mosul (Provinz Ninive) wegen ihrer oppositionellen Haltung zum IS ermordet worden sein. Ebenso soll in der

Provinz Ninive ein Priester erschossen worden sein, weil die Familie nicht rechtzeitig die verlangte Lösegeldsumme habe zahlen können.

## **Irak/Saudi-Arabien**

### **Grenzanlage in Bau**

Saudi-Arabien soll damit begonnen haben, entlang der Grenze zum Irak ein „Northern Border Security Project“ zu errichten. Die Befestigungsanlage soll aus durchgehend drei Zäunen mit Überwachungstürmen bestehen. Hinzu komme eine sandige Böschung auf irakischer Seite. Auf saudischer Seite würden Fahrzeuge mit Nachtsichtgeräten, Radar, Video- und Wärmebildkameras patrouillieren. Bereits im Sommer 2014 seien 30.000 zusätzliche Soldaten in das Gebiet gesandt worden. Ein Großteil des Gebietes auf irakischer Seite wird vom IS kontrolliert.

## **Saudi-Arabien**

### **König Abdullah tot**

Am 23.01.15 starb der 90 Jahre alte König Abdullah ibn Abdel Asis. Sein Nachfolger wurde der 79-jährige Kronprinz Salman. Der Nachfolger des Kronprinzen, der 69-jährige Muqrin ibn Abdel Asis, ist umstritten, da er von einer jemenitischen Sklavin abstammt. Sieben der 34 Repräsentanten des „Huldigungsrates“ verweigerten ihre Zustimmung oder enthielten sich der Stimme. König Salman ernannte seinen Sohn Mohammed ibn Salman zum neuen Verteidigungsminister.

### **Bundesregierung soll Waffenexporte nach Saudi-Arabien stoppen wollen**

Bei einer Sitzung des Bundessicherheitsrates am 21.01.15 sollen Kanzlerin Merkel, Wirtschaftsminister Gabriel sowie die sieben zusätzlichen Minister des Gremiums Waffen-Exportanträge nach Saudi-Arabien abgelehnt bzw. eine Entscheidung bis auf Weiteres vertagt haben, weil die Lage dort zu instabil sei. Saudi-Arabien steht auch wegen Verstößen gegen die Menschenrechte immer wieder in der Kritik, zuletzt war der Blogger Raif Badawi wegen „Beleidigung des Islams“ zu 1.000 Stockschlägen verurteilt worden.

## **Türkei**

### **Haftstrafen für Tod eines Demonstranten**

Zwei türkische Polizisten wurden am 21.01.15 wegen des Todes eines Gezi-Demonstranten zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Ein Gericht in der zentraltürkischen Stadt Kayseri verurteilte einen Beamten zu zehn Jahren Haft, einen weiteren zu zehn Jahren und zehn Monaten Gefängnis. Zwei Polizisten wurden freigesprochen. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass insgesamt sechs Personen für den Tod des 19-jährigen Ali Ismail Korkmaz verantwortlich seien. Drei beteiligte Händler erhielten Haftstrafen von sechs Jahren und acht Monaten, ein vierter muss für drei Jahre und vier Monate ins Gefängnis. Bei keinem von ihnen sah das Gericht einen Vorsatz, wodurch die Urteile deutlich milder ausfielen, als von der Staatsanwaltschaft gefordert. Der Student Ali Korkmaz war am 02.06.2013 im westtürkischen Eskisehir bei einer Demonstration zur Unterstützung der Gezi-Protteste zu Tode gekommen. Bilder von Überwachungskameras zeigten, wie er von mehreren Polizisten und Zivilisten zusammengeschlagen wurde. Er erlitt Hirnblutungen und fiel ins Koma, 38 Tage später starb er.

## **Iran**

### **Ex-Vizepräsident Rahimi zu Haftstrafe verurteilt**

Mohammad Reza Rahimi, der vom 13.09.09 bis zum 03. 08.13 Erster Vizepräsident Irans war, wurde wegen des Vorwurfs der Unterschlagung während seiner Amtszeit unter dem ehemaligen Präsidenten Ahmadinejad von einem Teheraner Gericht zu fünf Jahren und drei Monaten Haft verurteilt. Dies berichtete die Nachrichtagentur IRNA. Rahimi hatte Korruptionsanschuldigungen stets zurückgewiesen.

## Israel

### **Nordkommando der israelischen Streitkräfte befiehlt höchste Alarmstufe / Truppenpräsenz verstärkt**

Die israelische Armee rechnet mit Vergeltungsangriffen vor allem aus Syrien und dem Libanon, nachdem sie am 18.01.15 im südsyrischen Bezirk Kuneitra auf den Golanhöhen beim Beschuss eines Konvois sechs Iraner, darunter einen General, sowie sechs Kämpfer der libanesischen Hizbollah-Miliz getötet hatte. Der prominenteste getötete Hizbollah-Milizionär war der etwa 25-jährige Jihad Mughniyah. Er war Kommandeur der „Golan-Division“ der Hizbollah. Aus Israels Sicht war die Anwesenheit Mughniyahs ein eindeutiger Beweis dafür, dass die Hizbollah, die im Libanon ein Arsenal von 100.000 Raketen angesammelt habe, „ihre Infrastruktur verbreitern“ will. Offenbar glaubt die israelische Armee, dass die größte Gefahr für Israel vom syrischen Regime und seinen Verbündeten, der Hizbollah und Iran, ausgeht - nicht von dem syrischen al-Qaida-Ableger al-Nusra. Überraschenderweise unterstützt Israel die Nusra-Front sogar. Im Wochenverlauf wurden deshalb zusätzliche Infanterie- und Artillerie-Einheiten ins nördliche Galiläa und auf den Golan entsandt. Ein AFP-Reporter beobachtete zugleich die Stationierung zusätzlicher Raketenabwehrbatterien des Systems „Eiserne Kuppel“. Viele grenznahe Straßen wurden für den Privatverkehr gesperrt. Bei einer Trauerfeier in Iran für den bei dem Luftangriff getöteten General Mohammad Ali Allahdadi drohte der Kommandeur der Pasdaran-e Enghelab-e Islami (Revolutionswächter), Generalmajor Ali Jafari, Israel am 21.01.15 mit „zerstörerischen Blitzschlägen“. Auch Irans Verteidigungsminister Hossein Dehkan kündigte an, den Angriff auf dem Golan nicht unerwidert zu lassen.

### **Araber sticht im Linienbus in Tel Aviv auf israelische Fahrgäste ein**

Am 21.01.15 stach ein Araber aus Tulkarem im Norden des besetzten Westjordanlandes in Tel Aviv in einem Linienbus mit einem Messer auf israelische Passagiere ein, wobei er zwölf Personen zum Teil schwer verletzte.

## Jemen

### **Präsident und Regierung zurückgetreten/Landesweite Proteste gegen „Houthi-Putsch“**

Am 22.01.15 sind Jemens Präsident und die jemenitische Regierung zurückgetreten. Obgleich das Parlament Hadis Rücktritt ablehnte, erklärte ein Regierungssprecher, dass der Rücktritt der Regierung „unumkehrbar“ sei. Die Lage hatte sich in den vergangenen Tagen zugespitzt. Am 20.01.15 hatten die schiitischen Rebellen, die seit September 2014 den Großteil der Hauptstadt Sanaa kontrollieren, den Präsidentenpalast erobert und bis zum 21.01.15 die Residenz des Regierungschefs belagert. Nach Korrespondentenberichten einigten sie sich dennoch am 21.01.15 mit Staatschef Hadi, die Krise mit einem Kompromiss beizulegen. Sie erklärten sich bereit, im Gegenzug für eine Regierungsbeteiligung entführte Regierungsmitglieder freizulassen und die Gewalt einzustellen. Der UN-Sicherheitsrat hatte den Angriff auf den vom Westen unterstützten Präsidenten am 21.01.15 verurteilt. Der Golfkooperationsrat warf den Rebellen einen Putschversuch vor.

Separatisten nutzten am 24.01.15 das Machtvakuum, um Checkpoints im Süden des Landes vom Militär zu erobern, nachdem die Gouverneure der südlichen Provinzen geäußert hatten, sie wollten keine Befehle der Militärführung aus der Hauptstadt Sanaa befolgen. In Sanaa, Taes, Ibb und Hodaida gab es Proteste gegen den „Putsch“ der Houthi-Rebellen. Im Landesinnern kam es zu Kämpfen zwischen Houthis und sunnitischen Stammeskriegern.

Der Jemen steht kurz vor dem Zerfall. Im Norden versuchen die Houthi-Rebellen, die sich seit Jahren benachteiligt fühlen, die Macht zu erobern. Im Süden, in dem die sunnitische al-Qaida nach wie vor sehr stark ist, versuchen die Separatisten ebenfalls die Machtübernahme. Der zurückgetretene Präsident Mansour Hadi strebte – mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft – einen Föderalstaat mit sechs Regionen an.

## Syrien

### **Syrien-Gespräche in Moskau**

Am 26.01.15 beginnt in Moskau ein russischer Versuch zur Vermittlung im syrischen Bürgerkrieg, bei dem mehr als 35 Teilnehmer erwartet werden. Die Nationale Koalition, die wichtigste syrische Oppositionsgruppe, lehnte eine Teilnahme ab, da nicht Oppositionsgruppen an sich eingeladen worden wären, sondern nur ausgewählte Regimekritiker. Heute soll ein Treffen der Oppositionellen, angeführt vom ehemaligen UNO-

Unterhändler für den syrischen Bürgerkrieg Lakhdar Brahimi, stattfinden. Die Delegation der syrischen Regierung, wohl geleitet vom syrischen UNO-Botschafter Bashar al-Jafari (Dschafari), soll am 28.01.15 hinzustoßen. Beide Führungspersonen leiteten im Februar 2014 in Genf die gescheiterten Friedensgespräche, bevor Brahimi im Mai 2014 von seiner UNO-Funktion zurücktrat.

## **Ägypten**

### **Tote bei Protesten**

Bei Protestkundgebungen von Islamisten gegen die Regierung zum Jahrestag der Revolution des Jahres 2011 kam es zu gewaltsamen Zusammenstößen mit den Sicherheitskräften. Dabei starben 18 Personen, mindestens 54 wurden verletzt. Unter den Toten sollen drei Polizisten sein.

## **Äthiopien**

### **Kritik an Zwangsumsiedlungen**

Ein interner Untersuchungsbericht der Weltbank sieht einen Zusammenhang zwischen der Zwangsumsiedlung von indigenen Menschen und der eigenen Institution. Es geht um eine Gesundheits- und Bildungsinitiative, in die in zehn Jahren fast zwei Milliarden USD investiert wurden. Die Gelder sollen die Regionalregierungen auch dazu genutzt haben, Gehälter von Beamten zu bezahlen, die indigene Anuak mit Gewalt umsiedelten. Die Weltbank erklärte hingegen, dass dies freiwillig erfolgt sei. 2012 hatte Human Rights Watch geäußert, dass im Zusammenhang mit dem „Villagization“-Programm der äthiopischen Regierung die Rechte der Indigenen verletzt worden waren. Es sei zu Vergewaltigungen, Angriffen und willkürlichen Verhaftungen gekommen.

Offiziell wollte die Regierung durch die Umsiedlungen von 2011 bis 2013 bessere Lebensbedingungen schaffen und versprach medizinische Hilfe, Trinkwasser und Bildungseinrichtungen in den neuen Dörfern. Hilfsorganisationen berichteten demgegenüber von unfruchtbaren Böden und dadurch fehlender Nahrung. Insgesamt 60 Prozent der Bewohner der Region Gambella (im Westen, an der Grenze zum Südsudan, rd. 26.000 km<sup>2</sup>, 400.000 Einwohner) wurden umgesiedelt.

## **Somalia**

### **Anschlag auf türkische Delegation**

Einen Tag vor dem Besuch von Staatspräsident Erdoğan sprengte sich am 22.01.15 vor dem Hotel der türkischen Delegation in Mogadischu ein Selbstmordattentäter in die Luft. Mindestens fünf Personen, unter ihnen drei Wachmänner, wurden getötet. Angehörige der Delegation kamen nicht zu Schaden.

Zum Anschlag bekannte sich die al-Shabaab. Einem ihrer Sprecher zufolge habe der Anschlag der Delegation gegolten.

Der Attentäter soll seit 2013 Mitglied der al-Shabaab gewesen sein und bis vor einem Jahr in der Schweiz gelebt haben. Bis 2006 soll er ein Führer der Union islamischer Gerichte (Union of Islamic Courts – UIC) gewesen sein, einer Dachorganisation unabhängiger Scharia-Gerichte. Diese hat bis zu ihrer Vertreibung durch äthiopische Truppen um den Jahreswechsel 2006/07 Mogadischu sowie weite Teile Süd- und Zentral-somalias beherrscht. Militante Anhänger und vor allem die als Jugendbewegung der UIC entstandene al-Shabaab sind nach wie vor aktiv.

## **Nigeria**

### **Angriffe der Boko Haram auf Maiduguri und andere Städte**

Am 25.01.15 griffen kurz nach Mitternacht Kämpfer der Boko Haram die Großstadt Maiduguri (rd. zwei Millionen Einwohner, Hauptstadt des nordöstlichen Bundesstaates Borno) an. Sie drangen im Gebiet Njimitilo in das Stadtgebiet ein und wollten den Flughafen erobern. Die Armee konnte mit Unterstützung der Luftstreitkräfte den Angriff abwehren. Es sollen zahlreiche Militante und Soldaten getötet worden sein.

Während die Kämpfe in Maiduguri andauerten, griff Boko Haram erfolglos die Stadt Konduga, etwa 35 km südöstlich von Maiduguri, an. Am Nachmittag des 25.01.15 gelang Boko Haram nach Kämpfen mit der Armee jedoch die Einnahme der Stadt Monguno (etwa 140 km nördlich von Maiduguri). Bereits am 23.01.15 hatten Boko-Haram-Kämpfer das Dorf Kambari (etwa 5 km von Maiduguri) in Brand gesteckt und mindestens 14 Personen getötet.

### **190 Entführte von Boko Haram freigelassen**

Am 23./24.01.15 ließ Boko Haram im nordöstlichen Bundesstaat Yobe etwa 192 von 218 jungen Männern, Frauen und Kindern frei, die von den Terroristen am 06.01.15 aus ihrem Heimatdorf Katarko (Gujba Local Government Area) entführt worden waren.

## **Kamerun/Nigeria**

### **Von Boko Haram entführter Deutscher befreit**

Der kamerunische Staatspräsident Paul Biya gab am 21.01.15 die Befreiung der deutschen Boko-Haram-Geisel Nitsch bekannt. Diese sei durch kamerunische Streitkräfte in Zusammenarbeit mit Sicherheitsdiensten befreundeter Staaten erfolgt. Der Lehrer Nitsch war im Juli 2014 in der nigerianischen Stadt Gombi (nordöstlicher Bundesstaat Adamawa), wo er an einem Berufsbildungszentrum tätig war, entführt worden.

## **DR Kongo**

### **Viele Tote bei gewaltsamen Protesten gegen neues Wahlgesetz**

Seit dem 19.01.15 wurden insbesondere in Kinshasa und Goma bei viertägigen gewalttätigen Protesten der Opposition gegen Staatspräsident Kabila und ein geplantes Wahlgesetz Dutzende Menschen von Polizei und Präsidentengarde getötet. Zentrum der Proteste in Kinshasa war die Universität, die von den Sicherheitskräften gestürmt wurde. Laut Angaben der Menschenrechtsorganisation „Human Rights Watch“ vom 24.01.15 wurden in Kinshasa während der Demonstrationen 36 Personen (einschließlich eines Polizisten) getötet. Mindestens 21 davon wurden von den Sicherheitskräften getötet. Zudem starben am 22.01.15 mindestens vier Menschen bei Demonstrationen in der ostkongolesischen Stadt Goma. Die Tageszeitung Taz meldete am 23.01.15, dass in den Unruhen nach Angaben der Opposition 143 Personen gestorben sein sollen.

Die Proteste richteten sich gegen einen umstrittenen Artikel des Wahlgesetzes, der zur Aktualisierung der Wählerlisten eine Volkszählung vor den nächsten Parlaments- und Präsidentenwahlen vorsah. Die Opposition befürchtet, dass sich dadurch die verfassungsmäßig bis spätestens Ende 2016 stattfindenden Wahlen um Jahre verzögern würden und sich Präsident Kabila so über das Ende seiner Amtszeit hinaus an der Macht halten möchte. Das Gesetz wurde angesichts der Straßenproteste und diplomatischen Drucks ohne den Volkszählungspassus verabschiedet. Vital Kamerhe, Präsident der drittgrößten Oppositionspartei UNC (Union for the Congolese Nation), sagte daraufhin die für den 26.01.15 geplanten weiteren Protestkundgebungen ab. Damit das Gesetz in Kraft treten kann, muss das Gesetz von Präsident Kabila innerhalb von 30 Tagen unterzeichnet werden.

## **Tansania**

### **Einschreiten gegen Albino-Morde**

Tansania will mit einer Sondereinheit Dutzende Morde an Albinos aufklären. Zur Task Force werden Regierungsvertreter sowie Mitglieder der Tanzania Albino Society (TAS) gehören. Die Sondereinheit soll unter anderem eine konsequentere Strafverfolgung der Täter sicherstellen. Nach offiziellen Angaben wurden in den vergangenen sechs Jahren rund 70 Albinos getötet. Dem stehen zehn Verurteilungen wegen Mordes gegenüber. Zur Verantwortung sollen auch die sog. „Hexenmeister“ gezogen werden, die den Körperteilen und Organen der „weißen Afrikaner“ magische Kräfte zusprechen. Sie seien, so ein Regierungsvertreter, die Hauptverantwortlichen, weshalb den Wahrsagern ihr Tun verboten wurde. In den kommenden Wochen seien „landesweite Operationen“ geplant, in deren Verlauf die Zauberer identifiziert und vor Gericht gestellt werden sollen. Die Regierung will außerdem eine Aufklärungskampagne starten, um den Aberglauben zu stoppen. Experten bezweifeln, ob das Verbot umgesetzt werden kann, denn die Grenze zwischen traditionellen

Heilern, die weiterhin praktizieren dürfen, und den Hexenmeistern ist fließend. Zudem sind sie ein wesentlicher Bestandteil der tansanischen Gesellschaft. Nach einer Umfrage glauben 93 Prozent der Bevölkerung noch an Zauberei.

### **Hintergrund**

Vor allem unter den Fischern und Minenarbeitern der Regionen am Viktoria-See gelten die Körperteile der Albinos als Glücksbringer. Fischer flechten Albino-Haare in ihre Netze, um einen größtmöglichen Fang zu erzielen, während Gold- und Diamantengräber Pulver aus Albino-Haut in ihre Gruben streuen, um ihre Funde zu erhöhen. Ladenbesitzer glauben, dass eine vor der Eingangstür des Geschäfts vergrabene Albino-Hand neue Kunden anziehe. Für das Bein oder den Arm eines Albinos werden bis zu 4.000 USD, für dessen Leichnam rund 73.000 USD bezahlt. In Tansania leben aus nicht bekannten Gründen verhältnismäßig viele Albinos (1 von 3.000/Europa 1 von 20.000).

## **Côte d'Ivoire**

### **Kinder offenbar für Opferungen entführt**

In Côte d'Ivoire sollen in den vergangenen Wochen mehrere Kinder für rituelle Opferungen entführt worden sein. Die Polizei sprach von 21 Personen seit Dezember 2014. Nur eine wurde lebend gefunden. Manche der entdeckten Toten seien geköpft worden oder es fehlten die Genitalien. Bislang habe es offiziellen Angaben zufolge keine Festnahmen gegeben.

## **Mali**

### **UNO-Friedenstruppe beschießt Aufständische im Norden**

Die UNO-Blauhelmtruppe hat am 20.01.15 erstmals einen Luftangriff gegen Rebellen im Norden geflogen. Die UNO-Stabilisierungsmission Minusma erklärte, niederländische VN-Soldaten hätten auf schweren Beschuss in der Stadt Tabankort (rund 200 km nördlich von Gao) reagiert, die Aktion sei vom Mandat der Minusma gedeckt. In Tabankort kommt es seit dem 16.01.15 zu Kampfhandlungen zwischen MNLA-Rebellen und regierungstreuen Milizen. Nach Angaben der Tuareg-Rebellengruppe MNLA wurden bei dem Kampfhubschraubereinsatz fünf Rebellen getötet. Als Konsequenz werde die Gruppe die Friedensgespräche vorerst unterbrechen. In Ber und Kidal kam es daraufhin zu Demonstrationen, wobei am 21.01.15 Demonstranten UNO-Soldaten von einem Flugplatz in der Rebellenhochburg Kidal vertrieben.

### **Präsident bestimmt neue Regierung**

Präsident Ibrahim Boubacar Keita ernannte in der Nacht zum 11.01.15 per Dekret das neue Kabinett. Bereits am 08.01.15 war Modibo Keita als Nachfolger von Moussa Mara zum neuen malischen Ministerpräsidenten bestimmt worden. Acht Minister verloren ihre Ämter. Zum neuen Verteidigungsminister wurde Tieman Hubert Coulibaly ernannt, der Banker Mamadou Igor Diarra übernimmt das Ressort Wirtschaft und Finanzen. Neuer Umweltminister wird Mohamed Ag Erlaf, ein Vertreter der Tuareg.

## **Mauretanien**

### **Verurteilung von Anti-Sklaverei-Aktivisten**

Ein Strafgericht im Süden Mauretaniens verurteilte am 15.01.15 drei Anti-Sklaverei-Aktivisten wegen Volksverhetzung und der Mitgliedschaft in einer nicht zugelassenen Organisation zu zwei Jahren Haft. Unter den Verurteilten ist der ehemalige Präsidentschaftskandidat Biram Ould Dah Ould Abeid, der bereits in der Vergangenheit wegen seiner Aktivitäten im Gefängnis saß. Amnesty International forderte die sofortige Freilassung der Inhaftierten. Sklaverei ist in Mauretanien zwar offiziell abgeschafft, aber in einigen Regionen noch de facto vorhanden.

## **Niger**

### **Mehrere Tote bei Protesten gegen Mohammed-Karikaturen**

Bei gewaltsamen Protesten gegen die neuen Mohammed-Karikaturen der französischen Satire-Zeitung „Charlie Hebdo“ sind seit 16.01.15 mindestens zehn Menschen getötet worden. In der südnigrischen Stadt Zinder wurden fünf Menschen getötet und mindestens 45 Personen verletzt. Hier standen am 17.01.15 rund 300 Christen unter dem Schutz von Polizei und Armee. In der Hauptstadt Niamey starben am 17.01.15 fünf Zivilisten, erklärte der nigrische Präsident Mahamadou Issoufou im Fernsehen. Das französische Kulturinstitut wurde gestürmt und Geschäfte von Christen sowie mehrere Kirchen zerstört. Auch in anderen früheren französischen Kolonien wie Mali, dem Senegal und Mauretanien hatte es am 16.01.15 Proteste gegeben, die aber friedlich verliefen.

### **Festnahmen bei Protesten der Opposition**

Bei Protesten der Opposition in Niamey am 18.01.15 gegen eine „Zerschlagung der Oppositionsparteien“ durch die Regierung wurden nach offiziellen Angaben 90 Menschen festgenommen. Rund 300 hatten sich trotz eines Demonstrationsverbots vom Vortag zu einem Marsch zum Parlament eingefunden, der seit langem geplant war. Örtlichen Medienberichten zufolge waren mehrere ranghohe Persönlichkeiten der Opposition unter den Festgenommenen.

## **Tschad**

### **Verfahren gegen Ex-Diktator Habré**

Laut den am 14.11.14 eingeleiteten Vernehmungen zur Aufklärung von Verbrechen des Diktators Habré (1982-1990) im Tschad haben 21 frühere Agenten der politischen Polizei bestätigt, dass Folter systematisch angewandt worden sei. Die Vernehmungen dienen der Vorbereitung eines Verfahrens, das bei ausreichender Beweislage im Mai 2015 vor dem Außerordentlichen Afrikanischen Strafgericht (Extraordinary African Chambers) eröffnet werden soll.

## **Westbalkan**

### **Kampf gegen islamistischen Terror**

Experten gehen davon aus, dass aus den mehrheitlich muslimischen Ländern Kosovo, Bosnien und Herzegowina, Albanien sowie aus der Sandzak-Region (teils serbisch, teils montenegrinisch) in den vergangenen Monaten rund 500 Personen nach Syrien und in den Irak gegangen sind, um für die Terrororganisation Islamischer Staat (IS) zu kämpfen. Ihre Vision ist auch, dass der Balkan Teil eines neuen Kalifats wird.

Der sunnitische Islam auf dem Balkan ist zum allergrößten Teil moderat. In den vergangenen Jahren entstanden aber überall wahhabitische Gemeinschaften, die eine salafistische Auslegung des Islams pflegen, deren Einfluss auf die junge Bevölkerung zunimmt. Die Mehrheit der Bevölkerung ist gegen die radikalisierte Form des Islams; auch die Behörden der Länder kämpfen gegen den Terrorismus. In Kosovo wurden Gesetze verschärft, um die Rekrutierung von IS-Kämpfern strafrechtlich verfolgen zu können. Dutzende Personen wurden bei Razzien verhaftet. Ein neues Gesetz, das den Kampf in fremden Armeen verbietet, wurde vom Parlament angenommen. Auch in Bosnien sind in den vergangenen Monaten Dutzende Islamisten festgenommen worden und das Strafrecht wurde verschärft. Im Kampf gegen den Terror gehen die Behörden auch grenzüberschreitend vor.

### **Ärzteflucht bedroht Gesundheitssysteme der Balkanländer**

In den letzten Jahren haben hunderttausend Menschen temporär oder dauerhaft die Westbalkanstaaten verlassen, darunter viele aus dem Gesundheits- und Pflegebereich, was zu Engpässen führte. Aus Bosnien sollen 570 Pflegekräfte allein 2014 nach Deutschland abgewandert sein. Die Zahl ist wohl viel höher, weil die private Abwanderung statistisch nicht erfasst wird. Laut Aussagen der bosnischen Ärztekammer drohe der Kollaps des Gesundheitssystems. Aus Serbien sollen 2014 rund 500 Ärzte abgewandert sein. Einer Umfrage zufolge wollen rund 80 Prozent der jungen Ärzte und Medizinstudenten möglichst schnell ins Ausland gehen.

## **Ukraine**

### **Außenminister der Ukraine und Russlands vereinbaren Abzug schwerer Waffen**

Die Außenminister aus der Ukraine, Russland, Deutschland und Frankreich sind am 21.01.15 in Berlin zusammengekommen, um den Konflikt im Osten der Ukraine zwischen prorussischen Separatisten und ukrainischen Regierungstruppen einzudämmen. Im Kern ging es darum, die Minsker Waffenstillstandsvereinbarung vom 05.09.14 umzusetzen. Die Ukraine und Russland hatten bei ihren rund dreistündigen Verhandlungen den Abzug schwerer Waffen verabredet. Danach sollen schwere Geschütze von den prorussischen Separatisten und der ukrainischen Armee jeweils um 15 Kilometer hinter die vereinbarte Demarkationslinie zurückgezogen werden.

### **Schwerste Kämpfe seit Wochen**

Trotz dieser Vereinbarungen kam es in den vergangenen Tagen zu den schwersten Kämpfen in der Ostukraine seit Wochen. Die Separatisten hatten am 23.01.15 eine neue Offensive angekündigt. Davon betroffen waren insbesondere die Großstadt Donezk sowie die strategisch wichtige Hafenstadt Mariupol, wo bei einem Raketenangriff der Separatisten auf einen Marktplatz am 24.01.15 mehr als 30 Menschen starben und es rund 100 Verletzte gab. Mariupol ermöglichte Russland die Versorgung der im März 2014 annektierten Krim auf dem Landweg.

Mitte der vergangenen Woche hatte die ukrainische Armee den Flughafen Donezk nach monatelangen Kämpfen an die Separatisten verloren. Vermutlich durch Angriffe der ukrainischen Armee war am 22.01.15 ein Bus in Donezk von Granaten getroffen worden; 13 Menschen starben.

Insgesamt sind in dem kriegesischen Konflikt nach OSZE-Angaben bislang mehr als 5.000 Menschen gestorben.

## **Armenien/Aserbaidshan**

### **Gefechte an der Grenze**

Am 23.01.15 gab es wieder Gefechte an der Grenze zwischen beiden Staaten. Zwei armenische Soldaten sollen zu Tode gekommen sein. Auch diesmal machen sich Armenien und Aserbaidshan gegenseitig verantwortlich, die Waffenstillstandsvereinbarung gebrochen zu haben.

## **Nepal**

### **Einigung auf Verfassung gescheitert**

Auch neun Jahre nach dem Ende des Bürgerkrieges hat Nepal noch keine Verfassung. In der Nacht zum 23.01.15 verstrich eine Frist zur Einigung der Parlamentsabgeordneten. Zwei Tage zuvor hatten Streiks große Teile des Landes stillgelegt. Anhänger der Oppositionsparteien bestreikten Industriebetriebe, setzten Fahrzeuge in Brand und blockierten Straßen. Rund 50 Protestteilnehmer wurden von der Polizei festgenommen. Im Parlament kam es zu tumultartigen Szenen. Hauptpunkte des Verfassungsstreits sind: die Machtverteilung zwischen Premierminister und Präsident; die Bildung von Bundesstaaten, ein Wahlmodus für das Parlament und die Schaffung eines Verfassungsgerichts. Nun soll bis zum 28.05.15, dem Tag der Republik, die Verfassung angenommen werden.

### **Hintergrund**

Seit dem Ende des zehnjährigen Bürgerkriegs 2006, dem Sturz der Monarchie, der Proklamation der Republik und dem Sieg der Maoisten bei den ersten freien Wahlen 2008 ist es den rivalisierenden politischen Parteien nicht gelungen, eine neue Verfassung auszuarbeiten. Zahlreiche Fristen verstrichen ohne Ergebnis.

## **Sri Lanka**

### **Ehemaliger Minister und Bruder des Ex-Präsidenten unter Mordverdacht**

Gegen Gotabhaya Rajapaksa, jüngerer Bruder des bis Januar 2015 amtierenden Präsidenten Mahinda Rajapaksa, ist Anklage wegen Mordes erhoben worden. Er wird verdächtigt, in seiner Zeit als Verteidiger

gungsminister eine Todesschwadron mit der Ermordung von Lasantha Wickrematunga beauftragt zu haben. Der regierungskritische Redakteur und Herausgeber der englischsprachigen Zeitung „The Sunday Leader“ fiel im Januar 2009 einem Attentat zum Opfer. Wickrematunga hatte den damaligen Minister im Zusammenhang mit dem Erwerb gebrauchter Flugzeuge und Waffen für die Armee der Korruption bezichtigt. In einem Gerichtstermin wenige Tage später sollte der Journalist als Zeuge aussagen. Rajapaksa wird in der Anklage auch vorgeworfen, Verschleppungen politischer Gegner organisiert zu haben. Seit der überraschenden Niederlage von Präsident Rajapaksa bei der Präsidentschaftswahl am 08.01.15 gehen vermehrt Klagen wegen Bestechung gegen Mitglieder seines Kabinetts ein.

### **Präsident Sirisena ersetzt im Norden militärischen Gouverneur durch zivilen Diplomaten**

Für eine Überraschung sorgte die Ablösung von Generalmajor Chandrasiri als Gouverneur der tamilisch dominierten Nordprovinz durch den zivilen Diplomaten Palihakkara. Beobachter sehen dies als ein Zeichen der Versöhnung an die Tamilen, die der Armee zutiefst misstrauen, die nach dem Ende des Bürgerkrieges vor fast sechs Jahren nahezu alle Belange des täglichen Lebens kontrolliert. Inwieweit der Region mehr Autonomie zugestanden wird, ist offen.

Zugleich wurde bekannt gegeben, dass mit sofortiger Wirkung alle Restriktionen gegen Ausländer aufgehoben werden, die in die ehemaligen Kriegszonen im Osten und Norden des Landes reisen wollen. Das betrifft vor allem Journalisten. In den sri-lankischen Medien wird diese Entscheidung als eine Stärkung der Pressefreiheit gewertet, die unter Rajapaksa gelitten hatte.